

**Niederschrift über die
Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 26.02.2018**

Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Jäger, Beutel, Heissenberger, Hundt, Theile, Metzger (CDU)
Riedel, Wörner, Schäf, Berger (SPD)
Dannenmann, Heid, Ulrich, Ostfalk (Freie Wähler)
Dr. Fleischer, Sturm, Härtner (bis 16:10 Uhr) (GRÜNE)
Hofer, Wilhelm, Treiber (FDP-FW)
Heide (AfD/

Unabhängige)

Bezler (DIE

LINKE/ÖDP)

Entschuldigt: Häußermann (CDU)

Ferner: Erster Landesbeamter Kretzschmar (Top 4)

Kreiskämmerer Geißler

Regierungsdirektor Dr. Zaar

Herr Hein, Leiter Straßenbauamt (Top 1 und 2)

Herr Dr. John, Stabstellenleiter Wirtschaftsförderung (Top 3)

Herr Enssle, Leiter Landwirtschaftsamt (Top 4.2)

Frau Maier, Leiterin Haupt- und Personalamt (Top 4.3)

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Der Schriftführer: Hauptsekretärin Zaiss

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:34 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 18:05 Uhr

§ 1K1886 Fahrbahndeckenerneuerung zwischen Walkersbach und L1155, VergabeDrucksache 2018/010

Landrat Dr. Sigel begrüßt die Mitglieder der Umwelt- und Verkehrsausschusses zur ersten Sitzung im neuen Jahr 2018. Er stellt Herr Hein als neuen Leiter des Straßenbauamtes vor. Den Straßen und Radwegbau voranzubringen bzw. dran zu bleiben setze er als Ziel. Man würde die Anstrengungen verdoppeln. Der neue Kreismaßnahmenplan sei in Arbeit für den nächsten Umwelt- und Verkehrsausschuss, Herr Hein übernehme diese Aufgabe und stelle diesen dann auch vor.

Herr Hein legt kurz den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, dar.

Kreisrat Riedel erklärt, dass die Bilder eindrücklich seien und die Problematik zu sehen sei. Angesichts der hohen Kosten sei ein Teil der jetzigen notwendigen Baumaßnahme durch die vorhergehende Sanierung des Bauabschnittes entstanden. Somit sei die Befürchtung und stelle sich die Frage, welcher Abschnitt jetzt durch die Baufahrzeuge zu stark belastet wird und dann eventuell saniert werden müsse. Außerdem stelle sich die Frage ob nicht auch eine Verantwortlichkeit der ausführenden Firmen gebe. Es sei ja immerhin eine Million, das sei ja keine Kleinigkeit.

Kreisrat Dannenmann führt aus dass in diesem Zeitrahmen in den Ferien gerade der Ferienflitzer fahre. Die Umleitungen auf dieser Strecke könne man kaum fahren. Er bittet auf den ÖPNV zu achten, da der Ferienflitzer in dieser Zeit schon wichtig wäre.

Herr Hein erklärt, dass einer Straße ohne Vorschädigung der Baustellenverkehr nichts ausmache. Man habe vor der letzten Sanierung Kernbohrungen gezogen, diese sahen gut aus, daher habe man von der Sanierung des Streckenabschnittes abgesehen. Durch die Anlieferung der Materialien, wurde allerdings der Abschnitt sehr in Mitleidenschaft gezogen. Man könne der Baufirma aber keinen Vorwurf machen, das Material musste irgendwie angeliefert werden. Für die Sanierung jetzt müsse man sich keine Sorgen machen, dies geschehe auf der neuen Straße, diese hält das aus.

Das Problem mit dem Ferienflitzer werde geprüft. Die Sperrung der Strecke habe man auf die Ferien gelegt, weil zu dieser Zeit wenig Verkehr sei. Das Befahren des Streckenabschnitts sei aber auf keinen Fall möglich.

Kreisrat Jäger teilt mit, dass man anhand der Bilder erkenne, dass es einige Strecken gebe, gerade Kreisstraßen, die es nötig haben saniert zu werden. Zum Beispiel auch die Straße zwischen Trauzenbach, Grab nach Murrhardt. Man müsse jetzt einfach mal anfangen und nach und nach die Strecken sanieren und wenn das Straßenbauamt erkläre, zuerst die Strecke Walkersbach zu machen, dann solle man diese auch zuerst machen, ohne große Diskussionen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Grundlage des Ergebnisses der öffentlichen Ausschreibung, den Auftrag für die Fahrbahndeckenerneuerung auf der K 1886 zwischen Walkersbach und dem Anschluss an die L 1155 an die Firma Lukas Gläser GmbH & Co. KG aus Großaspach zu vergeben.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Straßenbauamt

§ 2K1862/K1865 Fahrbahndeckenerneuerungen Baach – Schnait – Manolzweiler, Vergabe
Drucksache 2018/011

Herr Hein legt kurz den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, dar.

Kreisrat Dannenmann führt aus, dass es dasselbe Problem sei, der ÖPNV sei schlecht berücksichtigt. Er schlägt vor die Abschnitte zu tauschen, da die erste Maßnahme in der Ferienzeit liege und dort auch viel Verkehr sei.

Kreisrätin Fleischer fragt nach, weshalb im bisherigen Kreisstraßenmaßnahmenplan (KMP) die Strecke nicht enthalten sei. Sie frage sich ob die Benotung der Strecke bisher nicht so schlecht war oder bisher gar nicht abgefahren worden sei und woher die Not jetzt komme. Sie wundere sich dass die Straße jetzt dran komme aber davor nicht einmal im KMP aufkam.

Kreisrat Ostfalk fragt rein technisch nach, ob man bei der K1862 die Trag- und Deckschicht erneuere und die K1865 saniere und dort nur bei dem Teilstreckenabschnitt von rund 1,0 km Länge die tieferliegende Tragschicht erneuere.

Kreisrat Heide sieht das Problem in der Wasserquerung. Er frage sich, ob diese damals vergessen wurde einzubauen oder evtl. nur verschlammt sei. Außerdem stelle sich für ihn die Frage, ob dies jetzt geprüft worden wäre.

Herr Hein führt aus, dass die Strecke bei der Priorisierung des letzten KMP nicht unter die ersten 20 Maßnahmen gefallen sei, aber trotzdem eine schlechte Bewertung erhalten habe. Daher sei die Strecke nicht gleich im KMP unter den ersten aufgeführt, sondern "rutsche" jetzt nach. Bei der K 1865 solle für den Abschnitt zwischen Schnait und Manolzweiler auf einer Länge von rund 3,6 km die schadhafte Fahrbahndecke erneuert werden. Auf einem Teilabschnitt von rund 1,0 km Länge solle zusätzlich die tieferliegende Tragschicht erneuert werden. Bei der K 1862 solle für den Abschnitt zwischen Schnait und Baach, im sogenannten Hocheinbau-Verfahren, auf dem nach wie vor

tragfähigen Bestand ein neuer Oberbau (Trag- und Deckschicht) eingebaut werden. Herr Hein führt außerdem auf, dass man den Straßenmeistern keinen Vorwurf machen dürfe. Bei unseren Straßen hier gäbe es keine ausreichende Entwässerung, da es sich um eine historisch gewachsene Straße handle.

Herr Landrat Dr. Sigel fügt noch hinzu dass aus einem Sträßle eine Straße wurde, dies gäbe es öfters, auch im Schurwald.

Kreisrätin Fleischer teilt mit, dass es in Baach eine Brücke gäbe, die laut Gutachten mit sehr vielen Mitteln saniert werden müsse. Allerdings sei diese denkmalgeschützt. Sie frage sich ob diese ein neues Problem hervorrufe?

Herr Hein erklärte, dass ein Gegengutachten erstellt werde, um Kosten und Konzept für die Sanierung des Bauwerks nochmals zu überprüfen. Diese Brücke werde auch im neuen KMP auf Platz 1 stehen. Die Ortsdurchfahrt von Baach soll nach Angabe der Stadt Weinstadt baulich verändert werden. Es ist geplant die Sanierung der Brücke in Baach in diesem Zuge dann mit durchzuführen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Grundlage des Ergebnisses der öffentlichen Ausschreibung den Auftrag für die Fahrbahndeckenerneuerungen auf der K 1862 zwischen Weinstadt-Schnait und Baach sowie auf der K 1865 zwischen Weinstadt-Schnait und Manolzweiler an die Firma STRABAG GmbH aus Dettingen unter Teck zu vergeben.

Landrat Dr. Sigel teilte noch mit, dass sich einiges getan hat auf den Straßen, vor allem auch auf den Bundesstraßen. Er führte auf, dass Hr. Hein auflisten lassen habe, welche Strecken der Bundesstraßen sich seit 2012 durch Sanierungen alles verändert haben.

Herr Hein legt kurz den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, dar.

Er fügt hinzu, dass dies nur möglich gewesen sei durch das Engagement der Mitarbeiter des Straßenbauamts, die neben den Maßnahmen für den Landkreis auch Maßnahmen für das Regierungspräsidium mit durchgeführt haben. Der letzte Abschnitt zwischen Sulzbach und Großerlach wurde vor kurzem erst beendet.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Straßenbauamt

§ 3Sachstandsbericht BreitbandausbauDrucksache 2018/070

Landrat Dr. Siegel läutet das Thema ein, indem er erklärt, dass der Breitbandausbau gerade ``Das Thema`` und in aller Munde sei. Durch den Koalitionsvertrag habe man ehrgeizige Ziele und man frage sich, wie man diese erreiche, wer diese am Ende finanziere und wer was mache. Es stelle sich die Frage ob Bund, Land oder die kommunale Familie das mache. Gerade jetzt sei noch vieles unbeantwortet. Es wäre aber jetzt schon eine dynamische Entwicklung zu sehen. Dem Thema nehme sich bei uns der Erste Landesbeamte Herr Kretzschmar und Herr Dr. John an. Das schwere daran sei derzeit, den ``Spagat`` meistern zu müssen. Man solle ``Gas geben`` aber immer bereit zu sein zum ``Bremsen`` und sich auf neues einzustellen. Oft komme dann auch Kritik, berechnete Kritik von den Kreisräten, wie der Landkreis das Backbone mache. Landrat Dr. Siegel verweist auf die Tischvorlage, welche noch erstellt wurde, um ganz aktuell zu sein. Das Ziel sei nach wie vor für die Landkreise in der Region eine gute Lösung zu finden und die Kommunen mit einzubinden. Landrat Dr. Siegel findet, dass das Thema langsam Gestalt annehme.

Herr Dr. John legt kurz den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, dar.

Landrat Dr. Siegel fügt noch hinzu, dass das Schaubild (Präsentation Seite 9) manches mehr erdrücke wie das es was bringe. Durch den Ausbau der Glasfasernetze wolle man die Lücken zu Region Stuttgart schließen. Die Mammutaufgabe dabei sei der innerörtliche Ausbau der Glasfasernetze, welche die Städte und Gemeinden zu stemmen habe. Was da komme, sei noch nicht ganz klar. Die Zielsetzung sei jedoch ganz klar. Man wolle, egal in welche Richtung es gehe, dem ganzen Struktur geben, alle Gemeinden ins Boot holen und gemeinsam an einem Strang ziehen. Derzeit müsse man erst eine Struktur schaffen, dazu gäbe es die Tischvorlage, auch wegen der berechtigten Kritik. Landrat Dr. Siegel bittet um Verständnis.

Kreisrat Jäger finde, dass es gut aussehe, denn ohne Backbone gäbe es auch kein zeitgemäßes Internet und FTTB („Fiber To The Building“). Er finde jedoch, dass man sich mit den Telekommuni-

kationsanbietern früher an einen Tisch hätte setzen sollen, dann wäre man personell und finanziell weiter wie jetzt. Er habe auch Zweifel daran, ob es der richtige Weg sei. Man solle einen Vorbehalt (z.B. Es könnte ein Weg sein...) mit in den Beschluss aufnehmen. Was man nicht beachtet habe, sei das Digi-Netz. Die Netzbetreiber dürfen evtl. auch Netze mitverlegen. Es gäbe dann einen Interessenkonflikt. Man solle insgesamt bedenken wie alles funktioniere.

Kreisrätin Wilhelm bedankt sich für den Bericht. Man solle das Netz so schnell wie möglich verlegen, egal wer letztendlich darauf fährt. Man solle sich die Ideen nicht zerreden lassen und schnell in die Wege kommen. 2030 erst anzufangen, das dauere Ihrer Ansicht nach zu lange. Bis dahin seien die Firmen weg.

Kreisrat Beutel ist der Meinung, dass der Breitbandausbau im Rems-Murr-Kreis im ländlichen Raum notwendig sei, damit das Wohnen auf dem Land attraktiv werde. Die Telekom wolle in ihre Anbieter nicht investieren, da diese wirtschaftlich denke. Er habe etwas Zweifel an den Strukturen. Er wolle das Konstrukt eher schlank halten und eher eine Tochtergesellschaft bestellen, da diese schneller entscheiden könne. Er finde es nicht gut, parallel eine GmbH zu gründen, eher den Verband Region Stuttgart mit dazu holen. Man solle dies wirtschaftlicher sehen. Man wisse selbst wie der Kreis aufgestellt sei. Dazu brauche man auch Zahlen, Daten Fakten. Das Konstrukt sei groß, dies gehe auch mit schlanker Struktur. Das Glasfaserkabel sei im Kreis ein trauriges Kapitel. Kreisrat Beutel fügt noch hinzu, dass man auch die Funklöcher stopfen solle, dies sei allerdings ein anderes Thema.

Kreisrat Berger findet die Struktur nicht akzeptabel. Die Privatwirtschaft löse das Problem nicht. Der Landkreis werde überholt. Man müsse jetzt Gas geben und den Verband Region Stuttgart mit zu ziehen. Die Landesregierung wisse schon, dass es privatwirtschaftlich nicht gehe. Die Daseinsvorsorge müsse der Staat machen. Das Einzelinteresse würde durch die GmbH entstehen. Man solle einfach die 12 Millionen Euro nehmen und loslegen und Kabel verlegen. Man wolle den ländlichen Raum mit einbringen, dann solle man auch nicht bis 2030 warten. Es gäbe zwei Möglichkeiten. a) Prüfen ob es eine Organisation gibt und ob es funktioniert, b) 12 Millionen Euro in die Hand nehmen und anfangen, das Konstrukt jetzt sei allerdings zu schwerfällig.

Landrat Dr. Siegl antwortet, dass der Umwelt- und Verkehrsausschuss von Anfang an eingebunden wurde. Der Verband Region Stuttgart ist indiziert, Herr Bade führe auch schon Verhandlungen. Bis-

her mit positivem Ergebnis. Viele Dinge werden durch den Verband gesteuert. Schlanke Strukturen seien ihm ein wichtiges Anliegen. Man müsse den Ausbau vorantreiben und trotzdem weiter verhandeln und die Gemeinden mit einbinden. Ob man die Strukturen jetzt so brauche oder nicht, könne er jetzt noch nicht sagen. Die TKG habe uns gut beraten für externes know-how. Landrat Dr. Siegel teilte außerdem mit, dass es ihm heute gar nicht um die Zustimmung für eine GmbH gehe oder nicht, sondern darum was sich in den 2,5 Monaten seit der letzten Sitzung getan habe. Er bittet um Verständnis dass man den Plan für den Breitbandausbau gemeinsam entwickle. Man solle den Wunsch konkretisieren und dann nachkommen.

Kreisrat Beutel fragt nach ob es eine Kreis-GmbH werde.

Landrat Dr. Siegel antwortet, dass man die unterschiedlichsten Formen machen könne. Wichtig sei, dass man sich im Kreis einig sei. Wenn große Anbieter wie Fellbach dabei seien, wäre das Netz dann auch für die Betreiber wirtschaftlich, das Netz solle von uns ja nicht selbst betrieben werden. Wir seien dabei, beim Ausbau Gas zu geben und trotzdem mit den großen Anbietern weiter zu verhandeln.

Kreisrat Bezler wundere sich, dass der Ostalbkreis nicht bei der Übersicht Struktur- und Kooperationspartner der Seite 9 der Power Point Präsentation aufgeführt sei. Er frage sich, ob der Ostalbkreis schon weiter sei und sein eigenes Ding durchziehe und eigene Ideen entwickelt habe.

Kreisrat Metzger fügt hinzu, dass sich Alfdorf und Welzheim auf den Breitbandausbau freue. Es falle immer die Aussage ``zeitnah``, jedoch frage er sich was zeitnah bedeute. Zeitnah könne ja auch Jahre bedeuten. Dies sei ja alles noch in Diskussion. Alfdorf und Welzheim tendiere in den Ostalbkreis, daher frage er sich ebenfalls, weshalb der Ostalbkreis nicht mit berücksichtigt werde.

Kreisrat Heide findet, dass man das Thema unstrukturiert angehe. Man solle das beschließen was die Regierung gerade behandle. Er sei der Meinung, dass wir den Breitbandausbau im ländlichen Raum zahlen sollen und in der Stadt die Anbieter wie die Telekom. Und dann solle ausgeschlossen werden, dass die Anbieter auf dem Land keinen Breitbandausbau durchführen könne. Das Thema sei kein Problem der Privatwirtschaft. Der Staat stehe auf der Bremse, da die Telekom auch dem Staat gehöre. Er sei der Meinung, dass der Kreis weiter verschuldet werde.

Kreisrat Hofer berichtet, dass er der Meinung sei, dass der Kreis so schnell wie möglich Glasfaser brauche. Ihn freue es, dass nach der Sommerpause feststeht, wie sich die Organisationsform aufbaue. Er habe damals schon von einem gemeinsamen Projekt gesprochen. Man brauche eine eingefahrene Organisationsform. Die bewährte Verbundsform müsse im Kompetenzzentrum liegen. Man solle das Thema nicht mehr zurückstellen, die Hauptlast tragen die Kommunen, daher sollen auch diese miteinbezogen werden. Man solle die Vorreiterrolle machen und Anfangen zu bauen.

Kreisrätin Fleischer ist der Meinung, dass der Kreis die Anbindung an das Glasfasernetz brauche. Die Kommunen wollen loslegen und Gewerbegebiete anschließen. Mit dem Thema gehe man jetzt in die Bürgermeisterversammlung, wenn die aber mitbekommen, dass erst 2030 angefangen wird zu bauen, werden die Bürgermeister nicht begeistert sein. Jeder möchte vorankommen und investieren, die Gemeinden wollen auch wissen, wann sie mit dem Breitbandausbau dran kommen.

Kreisrat Ulrich sehe die Haushaltsplanberatungen kritisch dagegen. Es sei sehr richtig, dass man nicht warte, bis jeder Investor das OK gebe. Man wolle alles unterstützen und zusammenarbeiten. Er finde es außerdem gut, dass es im Landratsamt jemand gebe, der das Thema anpacke.

Herr Kretzschmar erläutert, dass das Ziel der innerörtliche Ausbau sei. Man wolle bis 2025 Gewerbegebiete anbinden und bis 2030, 90 % der Privathaushalte an das Backbone anbinden. Alleine würde man es nicht schaffen, die Firmen für sich zu gewinnen, wenn Telekom etc. schon Backbone anbiete. Die Gemeinde könne sich den innerörtlichen Ausbau nicht ohne Fördermittel leisten. Wenn man das Ziel erreichen will, das Projekt alleine auf die Beine zu stellen, ohne einen anderen Anbieter, dann müsse man die Privatwirtschaft hinzuziehen. Das Backbone diene dazu, andere Anbieter mit in die Gemeinde rein zu bringen. Man müsse sich dem Thema jetzt annehmen und eine Taktik überlegen. Backbone bedeute auch, dass man evtl. auch einen Konkurrenten bekomme und das sei nicht nur die Telekom. Wenn Telekom Glasfaser verlege und alle Privathaushalte abziehe, dann würde unser Netz auf der Strecke bleiben, weil es keine Kunden mehr gebe. Auch dieser Aspekt sei in der Konzeption mit enthalten. Das Ziel sei es, mit der Region zu verhandeln, damit diese Probleme gelöst werden. Nur wenn die Region zusammenhalte und genügend Kunden und Marktinteresse gewinne, sei dies eine sinnvolle Lösung. Unser Backbone habe Übergabepunkte zum Ostalbkreis. Allerdings sei es schwierig, wenn noch mehr Landkreise dazu kämen, dies alles zu koordinieren.

ren. 179 Gemeinden zu koordinieren, auch mit einem günstigen Ausbau, darauf habe der Anbieter keine Lust. 179 Ansprechpartner, dies sei zu viel. Daher brauche man auf Kreisebene sowie auf Regionalebene eine Gesellschaftsform, die die ganzen Dinge koordiniert und die Gemeinden unterstützt bei Fragen. Viele Gemeinden seien auch zu klein um diese Dinge selbstständig regeln zu können. Die Telekom zu sperren, Backbone in bestimmten Abschnitten zu verlegen, gehe natürlich nicht. Es gebe keine Gesetzesmöglichkeit. Nur gemeinsam könne man dies alles erreichen. Das Anliegen sei jetzt, die Gemeinden mit Details zu informieren und Vorschläge über den Zeitplan des innerörtlichen Ausbaus zu geben.

Landrat Dr. Sigel verdeutlicht nochmals, dass man derzeit dabei sei, alles zu strukturieren. Man habe bis 2030 die Ziele der Region formuliert, damit Glasfaser in jedem Haus bestehe. Allerdings sei 2030 nicht das Backbone fertig, dieses sei schon in 3-4 Jahren fertig gebaut. Wie schnell der innerörtliche Ausbau gehe, entscheide man dann vor Ort. Die Mammutaufgabe müsse jetzt angegangen werden, damit unser Kreis der erste sei der die Kabel verlege und kein anderer.

Herr John führt die Präsentation weiter aus.

Landrat Dr. Siegel erklärt, dass es für Rienharz bedeute, dass wenn die Maßnahme dort ausgebaut sei, gebe es dort einen Anschlusspunkt an das Glasfasernetz und es könne sich dann dort jeder daran anschließen.

Herr Ketzschmar ergänzt dazu, dass man bewusste die Strecke zwischen Welzheim und Rienharz gewählt habe, da in Rienharz die Kundschaft schon vorhanden sei, die dann das Glasfasernetz auch direkt benutzen könne. Welzheim und Alforf können dann auch an das Backbone angeschlossen werden, dafür erhalte man dann auch höhere Fördermittel. Der innerörtliche Ausbau könne dann parallel von statten gehen. Das Backbone könne direkt dann in Betrieb genommen werden, es wäre also kein Abschnitt der Tot im Erdboden liege sondern werde sofort benutzt. Auch im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeitsfrage, liege man so gut.

Kreisrätin Sturm fragt nach, ob bei den zwei Straßen, welche vorhin beschlossen wurden, das Backbone gleich mit verlegt werden könne.

Kreisrat Ostfalk fragt sich, weshalb es einmal 30 % und einmal 40 % Förderquote gebe. Wenn man neue Streckenabschnitte saniert etc. könne man doch direkt dann das Backbone mit verlegen.

Kreisrat Heide interessiert es, bis wann man wisse, wie sich die Netzbetreiber verhalten. Er würde gerne wissen, wie es jetzt weiter gehe.

Herr Kretzschmar antwortet, dass alles was im Straßenbau ins Erdreich gehe, alles was die Grundstruktur betreffe, man das Backbone gleich mitverlege. Dies müsse dann aber natürlich vorher mit dem Ausschuss abgeklärt werden. Die Gemeinde erhalte für den innerörtlichen Ausbau einen Förderbescheid. Bevor die Gemeinde die Fördermittel abholen könne, müsse davor eine Ausschreibung erfolgen. Auch hier brauche man eine gemeinsame Taktik.

Kreisrat Heide fragt sich, was der Kreis dafür bekomme, dass er in Vorleistung gehe.

Herr Kretzschmar antwortet, dass die Gemeinde die Ausschreibung mache und dann die einzelnen Stränge verpachte. Das Backbone sei ein Bündel, davon können dann einzelne Stränge Überregional an verschiedene Anbieter verpachtet werden.

Kreisrat Heide will noch wissen, ob schon eine Jahreszahl genannt werden könne, wann das Backbone und/oder das Glasfaser fertig gebaut sei.

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass die Jahreszahl kleiner werde und es gehe umso schneller, je mehr man daran arbeite. Man habe bewusst bisher noch keinen Breitbandbeauftragten eingestellt, auch dies mache man step by step, man sei mit Herrn John und Herrn Kretzschmar bisher gut aufgestellt. Wenn man jetzt richtig vorankommen wolle, brauche man eine Struktur. Man würde dann zeitnah den Zeitplan ausarbeiten und Beschlussvorschläge vorlegen, damit man vor der Sommerpause abgestimmte Themen auf der Agenda habe.

Kreisrat Härtner bittet, den Beschlussvorschläge auf den ``wirtschaftlichsten Anbieter`` anzupassen.

Landrat Dr. Siegel stimmt dem Vorschlag zu.

Auf Antrag von Kreisrat Härtner beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig bei 1 Enthaltung den modifizierten Beschlussvorschlag:

1. Der Sachstandsbericht Breitbandausbau wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt den Ausbau der ersten zwei Teilstücke des Backbone Netzes auszuschreiben und an den günstigsten wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben.

Auszüge:

- 1 Stabsstelle Wirtschaftsförderung
- 1 Kreisprüfungsamt

§ 4.1Antrag der SPD-Fraktion für einen glyphosatfreien LandkreisDrucksache 2018/018

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass es hierbei um einen Antrag der SPD-Fraktion für einen glyphosatfreien Landkreis gehe. Das Thema kam bereits bei den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene auf und habe in Europa für Aufsehen gesorgt. Der Experte dafür sei in unserem Kreis Herr Kretzschmar.

Herr Kretzschmar erläutert, dass die SPD gefordert habe, dass man ein aktives Handeln für den Einsatz eines glyphosatfreien Landkreises erreiche. Es gehe nicht darum, sofort einen glyphosatfreien Landkreis zu erreichen. Ein Verbot durch den Kreis sei rechtlich nicht möglich. Das Mittel sei europaweit zugelassen. Man könne daher nur auf nationaler, nicht auf Kreisebene die Nutzung einschränken. Der Entwurf des Koalitionsvertrags auf Bundesebene setze auf eine Minderungsstrategie mit dem Ziel, den Einsatz von Glyphosat langfristig zu verbieten. Als Kreis müsse man überlegen, was man im Moment mache und wo Glyphosat überhaupt eingesetzt werde. Dafür habe man eine Tischvorlage erstellt. Es wird dargelegt, in welchen Bereichen Glyphosat aktuell genutzt werde. In unserem Kreis habe man in der Landwirtschaft eine sehr vielfältige Struktur, daher werde Glyphosat in sehr unterschiedlichen Bereichen und Kulturen in der Landwirtschaft eingesetzt. Im ökologischen Landbau – dies sind im Landkreis rund 11% der landwirtschaftlichen Fläche - ist der Einsatz von Glyphosat verboten. Diese Fläche sei somit bereits jetzt „glyphosatrafrei“. Im Rahmen eines runden Tisches habe man sich mit zahlreichen Vertretern aus dem Bereich der Landwirtschaft, darunter unter anderem mit dem Bauernverband zusammengesetzt. Solange Glyphosat in Deutschland zugelassen sei, wolle der Verband den Mitgliedern die Nutzung des Mittels nicht verbieten. Der Verband habe allerdings zugestimmt, sich bei einer fachlichen Diskussion einzubringen. Neben der Landwirtschaft werde Glyphosat (auch unter dem handelsnamen „Round up“ bekannt) auch in privaten Gärten und auf Bahngleisen eingesetzt. Privatpersonen zu überzeugen, kein Glyphosat mehr einzusetzen, sei schwer. Dies gehe in erster Linie über Aufklärung und Sensibilisierung. Bahnbetreiber würden Glyphosat zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit auf Bahnanlagen einsetzen. Die Einschränkung des Einsatzes von Glyphosat auf Bahnanlagen wurde zwischen Landesverkehrsministerium und Bahnbetreibern in einem Gespräch erörtert. Man versuche Alternativen

zu Glyphosat zu finden. Es gebe allerdings derzeit keine Mittel, die ähnlich wirksam seien, so dass Alternativen entwickelt werden müssen.

Für unseren Kreis bedeutet das konkret, dass man da was mache, wo was gemacht werden könne.

Als Aktionsplan und Maßnahmenpaket werde daher vorgeschlagen:

1. Für die Bewirtschaftung und die Pflege der kreiseigenen Liegenschaften auf die Anwendung von Glyphosat zu verzichten bzw. private Dienstleister zu einem Verzicht zu verpflichten
2. Bei der Unterhaltung der Kreis-, Landes- und Bundesstraßen auf den Einsatz von Glyphosat zu verzichten. Dort wo eine Beseitigung von Pflanzenbewuchs unbedingt nötig ist, sollen mechanische und thermische Verfahren zum Einsatz kommen.
3. Sich regelmäßig bei der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Bauhöfe zu beteiligen, u.a. auch durch Schulungsangebote gemeinsam mit dem Landschaftserhaltungsverband Rems-Murr zu naturschutzfachlich korrekter Pflege von gemeindeeigenen Grünflächen.
4. Gemeinsam mit seinen Partnern durch Aktionen und Veranstaltungen wie beispielsweise das Bienenjahr im Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald die Bevölkerung zu sensibilisieren und auf die Wirkung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln insbesondere im privaten Bereich hinzuweisen.
5. Bienen- und Insektenfreundliche Blühflächen oder Projekte zu initiieren, u.a. soll auch bei der Interkommunalen Gartenschau 2019 über das Thema „Biodiversität“ informiert und auf die Bedeutung von Streuobstwiesen und Blühwiesen hingewiesen und auf das Insektensterben aufmerksam gemacht werden.

Dies seien die fünf Maßnahmen, bei welchen sich der Kreis im Rahmen seines Aktionsplans freiwillig verpflichte.

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass man versuche, das was man gut machen könne, auch gut zu machen. Man würde einige Maßnahmen auch freiwillig machen, so wie das Bienenjahr. Diese Maßnahmen müsse man in den Fokus rücken, da ein Verbot schlichtweg nicht möglich sei.

Kreisrat Riedel sagt, dass es zwei Lager in der Landwirtschaft gebe. Die Landwirtschaft und den Weinbau. Diese brauchen das Mittel nicht, wenn die Strukturen umgestellt werden. Die Dinge seien widersprüchlich. Er bittet weiter zu handeln, Aufklärungsarbeit zu leisten, unterschiedliche Meinungen zusammen zu bringen und darüber zu sprechen. Es gäbe genügend Beispiele, dass es auch ohne Glyphosat gehe. Es solle ein Meinungs austausch stattfinden.

Kreisrat Jäger teilt mit, dass man sich wünsche, dass man einen glyphosatraien Landkreis und Lebensmittel bekomme. Allerdings sehe er es so, dass der Landkreis dafür nicht zuständig sei. Für Glyphosat haben sich andere entschieden. Er ärgere sich, dass der Antrag behandelt werde, wo der Kreistag doch überhaupt nicht zuständig sei. Dies habe die EU so beschlossen. Man sehe doch, dass Glyphosat weniger eingesetzt werde, das Bewusstsein sei also da.

Kreisrätin Dr. Fleischer bestätigte ebenfalls, dass das Bewusstsein gegen Glyphosat vorhanden sei. Seit 1995 gebe es so ziemlich alles an Pestiziden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche sei seitdem stetig zurückgegangen, durch mehr Gewerbefläche und Straßenausbau etc. Die Pestizide seien trotzdem um 50 % gestiegen. Seit 1970 hätten sich die Pestizide die in Deutschland verbraucht werden, sogar verdoppelt. Man müsse das Bewusstsein der Menschen stärken. Es gäbe Alternativen zu Glyphosat, zum Beispiel Unkrautvernichtungsmaschinen. Man könne auch mit alternativen Sachen umgehen. Sie frage sich, warum die Gemeinden Ausnahmegenehmigungen beantragen müssen für versiegelte Flächen, ein Freischneider tue es auch. In privaten Gärten gehöre Round-up verboten. Ein Privater handle nicht mit dem Fokus, dass dies ein giftiges Mittel sei. Eine Anwendung von Glyphosat vor der Ernte solle eigentlich verhindert werden, werde von den Landwirten allerdings trotzdem gemacht, Glyphosat wirke schneller. Sie halte den Antrag der SPD für sinnvoll. Frau Dr. Fleischer stellt einen Antrag, dass Gemeinden von der unteren Naturschutzbehörde in den pestizidfreien Landkreis mit aufgenommen werden und mit Beratern können.

Für Kreisrat Treiber ist es klar, dass Kommunen schon lange auf Glyphosat verzichten. Er sei auch kein Fan von diesem Mittel, aber ohne gehe es auch nicht. Bei den Diskussionen solle man sachlich bleiben, denn dies sei ein großes Thema. Es sei allerdings schon der richtige Weg. 1970 sei bereits 50 Jahre her. Diese Zeiten zu vergleichen sei nicht reell. Manchmal müsse Round-up eingesetzt

werden. Die Europäische Union habe entschieden dass das Mittel weiterhin eingesetzt werden dürfe. Er halte es nicht für ein Thema für den Kreistag.

Kreisrat Hundt merkt an, dass Fakt sei, dass der Landkreis keine Zuständigkeit habe. Er habe seinen Betrieb auf Bio umgestellt. Wenn kein Glyphosat verwendet werde, sei der Aufwand größer. Höherer Aufwand bedeute höhere Kosten der Produkte. Der meiste Verbrauch und daher am Schlimmsten sei es allerdings in den Privatgärten. Für die Zukunft müsse man daran arbeiten, weniger Glyphosat einzusetzen, dass sei richtig.

Kreisrat Heid betont die Vorbildfunktion des Kreises. Das Thema müsse von der Basis an behandelt werden, der Bauernverband sowie der Weinbauernverband seien dafür der falsche Ansprechpartner.

Kreisrat Bezler sieht das Thema als eines jeden Gremiums. Die Möglichkeiten die man habe, Glyphosat nicht einzusetzen, solle man nutzen. In wie fern man dies einhalten könne, wissen man im Voraus nicht. Man solle aber diesen Ansatz gehen und die Menschen zu Glyphosat sensibilisieren. Es sei auch die Frage der Werte, ob man alles billig wolle, dann solle man so weiter machen oder ob man in Zukunft andere Mittel einsetze, dann würden bestimmte Dinge einfach teurer werden. Der Kreis brauche das, man müsse auf Biologie setzen. Außerdem müsse man schauen, dass nicht nur der Kreis selbst kein Glyphosat einsetze, sondern man auch die Dienstleister dazu beauftrage, kein Glyphosat zu benutzen. Wenn der Einsatz von Glyphosat nicht zu verhindern sei, müsse man sich immer noch die Frage stellen, ob und wie man dieses dann einsetze.

Kreisrat Beutel bestätigt, dass das Mittel zur Unkrautbekämpfung in der Landwirtschaft nützlich sei und daher nicht ganz auf Glyphosat verzichtet werden könne. Auf die Maßnahmen des Landkreises bezogen Frage er sich, welche Folgen und Auswirkungen es habe, wenn bei der Unterhaltung der Straßen kein Glyphosat mehr eingesetzt werde. Er fügt hinzu, dass dann bei Einzelpflanzenbekämpfung, mit der Hand am Arm jedes einzelne Unkraut herausgerissen werden müsse. Man müsse daher die Folgen kennen und wissen was auf den Kreis zukomme, bevor man dies beschließe.

Kreisrat Riedel verdeutlicht, dass man durch die großen Diskussionen sehe, dass der Antrag der SPD Fraktion notwendig gewesen sei. Ebenso sehe man, wie sinnvoll und notwendig das umsteu-

ern sei. In der Region bei uns gebe es viele die den Betrieb auf Bio umgestellt haben. Die Pflicht unseres Kreises sei es, den Bewusstseinswandel anzuregen. Dies sei Sinn und Art des Antrages.

Kreisrat Berger stellt klar, dass man sich im Kreis auch dafür einsetze, dass die Landwirte dafür bezahlt werden, was sie auch leisten. Die Leute müssen einfach ordentlich bezahlt werden. Es sei egal was auf Bundesebene besprochen oder beschlossen werde, man solle dies trotzdem auf Landesebene aufgreifen und darüber sprechen. Man könne auch den Generationenwechsel sehen. Es sei doch super wenn ohne Glyphosat gearbeitet werden kann und man ordentliches Geld dafür bekomme.

Herr Enssle erklärt, dass seit 5 Jahren Glyphosat keine Anwendung mehr im Straßenbau oder in der Kommune finde. Im ökologischen Landbau gebe es eine Faustzahl die zeige, dass es 30 Prozent weniger Menge jedoch 20 Prozent mehr Arbeit gebe. Man müsse dann auch schauen ob es genügend Menschen gebe, die diese Produkte auch kaufen. Der Rems-Murr-Kreis sei in der Region Stuttgart der Landkreis, der am meisten Fläche biologisch bewirtschaftete und am meisten Bio-Betriebe habe. Man sehe auch dass immer mehr Betriebe auf Bio umsteigen. Dies liege vermutlich auch daran, dass im Kreis der ökologische Landbau jährlich mit 750.000 Euro durch Landes und EU-Mittel gefördert werde. Dazu komme noch die Unterstützung für die Vermarktung durch den Kreis.

Landrat Dr. Sigel bestätigt nochmals, dass der Kreis vorbildmäßig unterwegs sei. Man habe daher dazu auch den Maßnahmenkatalog formuliert. Er glaube, der Kreis brauche die Beschlussfassung und mache dann auch die Beratungen. Man solle den Bericht zur Kenntnis nehmen und den Maßnahmenplan so beschließen.

Kreisrat Jäger ärgert sich darüber, dass man über den Bericht geredet habe obwohl dieses Thema überhaupt nicht in der Zuständigkeit liege. Er hoffe, dass dies nicht ständig vorkomme.

Landrat Dr. Sigel erklärt nochmals kurz, dass es auch um das Thema gehe, was in Privatgärten passiere. Auch für den Kreis sei es wichtig, was nach außen sichtbar werde.

Kreisrat Ulrich fügt hinzu, dass sie nicht zuständig seien, jedoch eine Abstimmung sinnvoll sei.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mehrheitlich bei 16 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Dem Aktionsplan und dem Maßnahmenpaket unter Ziffer III der Vorlage wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Landwirtschaftsamt

§ 4.2Antrag von DIE LINKE/ÖDP zur Förderung der regionalen-biologischen LandwirtschaftDrucksache 2018/019

Herr Enssle, Amtsleiter Landwirtschaftsamt, erläutert, dass es seit vielen Jahren Broschüren gebe, wo Bauern- und Winzerhöfe aufgeführt seien. Bio-Produkte müssen nicht immer viel teurer sein. Die Bauern bekommen einen Zuschuss von 25 % wenn diese in Direktvermarktung investieren, ein Hühnermobil bekomme 40 % Förderung. Der Kreis sei gut aufgestellt für die Förderung der regionalen-biologischen Landwirtschaft.

Herr Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache, wo alles aufgeführt sei.

Kreisrat Bezler bedankt sich für den Aufwand, den der Antrag der DIE LINKE/ÖDP bereitet habe. Man komme seines Erachtens nicht an einer Bestandsaufnahme vorbei, um dieses Thema sinnvoll anzugehen. Festzustellen sei, dass der Landkreis an der Versorgung von einigen tausend Personen beteiligt sei und dort Einfluss nehmen könne, teilweise erst in ein paar Jahren, wenn es darum gehe, neue Pachtverträge oder Versorgungsverträge abzuschließen. Dass gerade bei der Versorgung von Patienten ein Bio-Anteil von null Prozent ermittelt wurde, stimme Herrn Bezler sehr nachdenklich und werfe erneut die Frage auf, ob der Kreis mit externen Dienstleistern wirklich besser fahre, als mit einer Frischküche vor Ort. Auch wenn offensichtlich logistische Hürden ein Problem für die Systemküchen darstelle, sollte dies noch einmal beleuchtet und nach Lösungen gesucht werden. Sollte eine Systemküche per se nicht kompatibel zu Bio-Lebensmitteln sein, so sollte Abstand von solch einer Zubereitungsform genommen werden. Kreisrat Bezler denkt, es lohnt sich für den Landkreis logistisch und koordinativ tätig zu werden, um die benötigten regionalen Bio-Erzeugnisse zur Verarbeitung in den Kantinen zu bekommen. Ein auf finanziellen Gewinn orientiertes Unternehmen, würde diesen Mehraufwand nicht auf sich nehmen, so dass der Vorschlag der Kreisverwaltung: „Den Betreibern eine Steigerung des Bio-Anteils selbst zu überlassen“ nicht funktionieren werde. Zu der Kostensteigerung, die immer wieder als Argument gegen Bio-Lebensmittel Erwähnung finden, müsse er folgendes noch sagen: Ein wesentlicher Grund für den nach wie vor geringen Ansatz von Bioprodukten seien die höheren Preise. Und diese habe ihre Ursache nicht nur in geringen Erträgen oder höheren Kosten, sondern auch im unfairen Wettbewerb. Dieser sichere

der konventionellen Landwirtschaft einen erheblichen Startvorteil: Während Bio-Bauern höhere Kosten tragen, um Umweltschäden zu vermeiden, bürden konventionelle Landwirte diese der Allgemeinheit auf. Der Einsatz etwa von Mineraldünger oder Pflanzenschutzmitteln belastet das Grundwasser mit Schadstoffen. Doch nicht nur Landwirte, sondern die Trinkwasserkunden oder die Steuerzahler kommen für die Beseitigung dieser Schäden auf. Dies sei eine indirekte Förderung der konventionellen Landwirtschaft, die solche Kosten nicht in ihre Produkte einpreisen müsse- auch deshalb liegen die Endverbraucherpreise für Bio-Produkte häufig deutlich über denen für konventionelle Ware. In einem Wettbewerb mit so unterschiedlichen Startbedingungen könne Bio nicht gewinnen.

Kreisrätin Fleischer findet es gut, dass viele Maßnahmen vom Kreis vorgestellt wurden und das Engagement vom Kreis sehr hoch sei. Beim Schulprogramm fehle allerdings eine Förderung von Ökogemüse und Ökoobst. Hierbei gebe es aber auch einen Zielkonflikt zwischen Öko und regional. Nur Regionales Bio-Obst, Gemüse und Getreide zu verwenden sei nicht machbar. Bei der Kantinenbelieferung seien Biobauern benachteiligt. Die Vernetzung zu den Kleinbauern sei enorm wichtig. Die Direktvermarktung habe eingeschlagen. Die Landesregierung setze sich ein, dass mehr Öko-Bau betrieben werde. Bei den Fördermaßnahmen habe man allerdings die Stücklespfleger vergessen. So wird Ökoapfelsaft importiert. Daher sollte man mehr Aufklärungsarbeit leisten, darüber wie man sich zu Bio zertifizieren lasse.

Kreisrat Beutel schildert, dass der Kreis eine Vorbildfunktion habe. Man solle daher für das Kantinenessen unserer Schulen etc. 10 Prozent Biolebensmittel kaufen. Er erwarte bis zur nächsten Sitzung einen Bericht darüber. Sobald die neuen Pachtverträge vergeben werden, solle man daraus 10% an Biobetriebe vergeben. Er frage sich wo das Krankenhausessen herkomme und wer dies beliefe, ob man wisse woher diese ihre Lebensmittel haben. Beim Streuobst solle man aktiv was machen. Dies gebe es genügend in unserem Kreis.

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass Herr Kretschmar ausgerechnet habe, was es kosten würde wenn wir Bio-Produkte in die Kantinen bringen würden.

Herr Kretschmar erläutert, dass man in der Schule angefragt habe. Die Schule kaufe nicht direkt Bio ein. Das liege an der benötigten Menge, der stabilen Qualität und am Aufwand der Betreiber.

Bei der Systemküche und Schulkantinen handle es sich um 700.000 Mittagessen im Jahr. Die Mehrkosten mit Aufwand wenn Bio vorgegeben wäre, würden sich auf 1.000.000 Euro (1 Euro/ pro Essen) im Jahr belaufen. Im Hinblick auf die Kosten würde man dem Antrag nicht zustimmen. Die Verträge mit den Betreibern können bis zu 5 Jahre verlängert werden, dann müssen diese neu ausgeschrieben werden.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass über eine Million im letzten Jahr in die Essensversorgung investiert wurde und aktuell quasi null Prozent Beschwerden vorliegen. Man könne bei der erneuten Ausschreibung für Bio-Produkte nachfragen. Dies gehe dann eben in die Kalkulation mit ein. Es sei in der KW 10 eine Haushaltsklausur, da werde dies aufgeführt.

Herr Enssle plädiert, dass durch Medien die Menschen überzeugt werden soll, regional und Bio-Lebensmittel einzukaufen.

Kreisrat Beutel zweifelt an der Aussage von Landrat Dr. Sigel. Er glaube nicht, dass das Essen ein Euro teurer ist, wenn zehn Prozent des Essens mit Bio-Lebensmitteln zubereitet werde. Die jetzigen Verträge würden noch zwei bis drei Jahre laufen, aber in fünf Jahren, zehn Prozent Bio-Lebensmittel mit einbeziehen, dies müsse gehen.

Kreisrat Hofer gibt bekannt, dass heute keine Abstimmung erfolgen solle. Er wolle dies erst nochmals in der Fraktion besprechen.

Kreisrätin Wilhelm bedankt sich bei der Verwaltung, die Verwaltung sei auf dem richtigen Wege. Es müsse dem Kreis gelingen, die Nachfrage für Bio-Lebensmittel zu wecken. Zum Beispiel fände sie es gut, wenn eine Schule die Patenschaft für einen Obstbaum übernehmen würde. Man spreche auch immer wieder über das Krankenhausesen. Es sei wichtig die Menschen in der Zeit des Krankenhausaufenthalts mit dem Essen für Bio-Lebensmittel zu überzeugen, so dass diese nach der Entlassung zuhause ebenfalls mit Bio-Lebensmitteln kochen. Die FDP-FW lehne den Antrag der DIE LINKE/ÖDP ab.

Landrat Dr. Sigel stimmt zu, dass der Prüfauftrag mitgenommen werde und nicht heute darüber abgestimmt werde.

Kreisrat Riedel freut sich, dass es eine gute Diskussion gewesen sei. Man müsse deutlich machen, dass Bio nicht gleich Öko sei. Man müsse die Lebensmittel regional beziehen, denn die Transportwege seien katastrophal. Wenn man mehr Menschen dazu bekomme, auf Bio und regional umzusteigen, dann sei man auf dem richtigen Wege.

Kreisrat Bezler schlägt vor, dass die Verwaltung mit Bio-Lebensmittel kalkulieren solle und schauen solle was machbar wäre, die vorgenannten Vorschläge zu realisieren.

Auf Antrag von Kreisrat Beutel verkündet Landrat Dr. Sigel, dass der Antrag von DIE LINKE/ÖDP zurückgestellt, der Prüfauftrag der CDU mitgenommen wird und ein Bericht darüber folgt.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 4

1 Landwirtschaftsamt

1 Haupt- und Personalamt

§ 4.3Konzeption zum Vorgehen gegen die Belästigung durch unnötigen VerkehrslärmDrucksache 2018/071

Frau Maier, Amtsleiterin Haupt- und Personalamt, legt kurz den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, dar.

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass es bereits 2008 einen Maßnahmenplan gegeben habe und dieser jetzt das Update sei. Mit den Rüttelstreifen sowie der gelben Karte würde man viel erreichen.

Kreisrat Ostfalk ist der Meinung, dass man in den Ortschaften etwas gegen den Lärm machen müsse. Zwischen den Ortschaften seien die Geschwindigkeit und der Lärm nicht ganz so schlimm.

Kreisrat Ulrich fragt nach, was denn die ``Applauskurve`` bedeute.

Herr Hein antwortet darauf, dass die Strecke von Motorradfahrern mit hohem Tempo in Richtung Sulzbach befahren werde und man sich dann auf Höhe des Parkplatzes von den Zuschauern feiern lasse.

Landrat Dr. Sigel fügt hinzu, dass man solche Strecken unbequem machen müsse. An der ``Applauskurve`` würde zum Beispiel ein Bänkchen stehen, dieses solle auf jeden Fall entfernt werden.

Kreisrat Jäger bedankt sich für den Bericht. Geräusch und Geschwindigkeit seien ein großes Problem in Sulzbach und Großerlach. Ihm würde das Herz bluten wenn dieses Bänkchen weg komme. Er schlage vor, dass vor den Rüttelstreifen Hinweisschilder aufgestellt werden, damit keine Gefährdung der Verkehrsteilnehmer bestehe. In Bezug auf die Strecke B14 nach Großerlach bestehe noch das Problem, dass der Wald den Lärm mittrage. In dieser Kurvenkombination fahre man allerdings sowieso nicht schneller als 70 km/h. Das Problem seien allerdings nicht die normalen Autofahrer, sondern die Motorradfahrer

Kreisrat Hofer findet es toll, dass alles Mögliche dafür unternommen werde, damit der Motorenlärm weniger werde. Er ist der Meinung, dass nur eine gebündelte Maßnahme zum Erfolg führe. Ein Taskforce sei sehr naheliegend, allerdings nicht notwendig, da alle schon nah miteinander arbeiten würden.

Kreisrat Riedel stimmt mit seiner Partei dem Maßnahmenplan zu. Er ist der Meinung dass man zu großzügig sei, wenn zu schnell gefahren werde. Der Kreis sei auf gutem Wege, gegen den Verkehrslärm und die Geschwindigkeit anzukommen. Wenn gleichmäßig gefahren werde, würde man auch an das Ziel kommen.

Kreisrat Heissenberger ärgert sich darüber dass es auf der Strecke von Stetten nach Esslingen den Berg herunter schallt. Dort solle man am Abend oder am Wochenende Geschwindigkeitstafeln oder andere Maßnahmen gegen Lärmbelästigung anbringen.

Kreisrat Heide fragt nach, ob es um veränderte Auspuffanlagen oder um den Lärm im Normalzustand gehe. An den Motorrädern befinde sich vorne kein Nummernschild, da könne man oftmals nicht nachvollziehen um wen es sich handle. Dafür sei jedoch das Krafftfahrtbundesamt zuständig.

Kreisrat Bezler stimmt dem Maßnahmenplan zu, jedoch sehe er keinen Bedarf an einer Taskforce.

Herrn Hein erklärt, dass viele Unfälle auch passieren, weil die Fahrer in den Gegenverkehr gelangen. Dies sei natürlich enorm gefährlich. Das System mit den Rüttelstreifen sei ein zugelassenes System, auch quer im Straßenverlauf. Wenn vor den Rüttelstreifen Warntafeln aufgestellt werde und es passiere etwas, dann sei dies ein juristisches Problem. Bei den Rüttelstreifen handelt es sich nicht um eine Gefahrenstelle, daher werden keine Warntafeln angebracht. Die Verkehrsbehörden, der Straßenbetrieb und die Polizei seien alle bei der Planung eingebunden.

Landrat Dr. Sigel verdeutlicht nochmals, dass es um den Lärm und die Geschwindigkeit aller Fahrzeuge zu unterschiedlichsten Tageszeiten gehe. Vor allem belästigen hohe Drehzahlen sehr. Im Kreis werde immer irgendwo geblitzt, ganz unterschiedlich, mal am Wochenende, mal unter der Woche.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Konzeption und dem dargestellten Maßnahmenplan zu.

Auszüge:

1 Dezernat 2

1 Amt für Recht und Ordnung

1 Straßenbauamt

§ 5Verschiedenes

Landrat Dr. Sigel berichtet kurz, dass der Abfallunterricht an den Schulen gut laufe und auch ein Thema sei, welches Land gefördert werden solle, allerdings habe man vom Ministerium Kultus, Jugend und Sport eine Absage bekommen.

Landrat Dr. Sigel verkündet, dass die Kreisputzete am 10. März 2018 stattfindet.

Kreisrätin Wilhelm bittet um Rückmeldung, ob für den Ausbau des Radweges in Kirchberg genügend Geld vorhanden sei.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass das Geld für den Radweg vorhanden sei, man habe eher genehmigungstechnische Probleme. Man müsse hierbei den Naturschutz und den Landschaftsschutz beachten und Gewässerrechtlich alles abklären. Man sei jetzt allerdings mitten in der Planung es komme jetzt das Planfeststellungsverfahren.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Sara Zaiss